



inform

MAGAZIN DER SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

Schwierige Finanzlage zwingt zu Kompromissen

HAUSHALT: KAUM SPIELRAUM FÜR DIE SPD-FRAKTION

Mit dem 1. Nachtragshaushalt befasste sich dieser Tage die SPD-Fraktion. Der selbst gesteckte, enge Finanzrahmen, an den sich die Fraktion halten will, führt dazu, dass nicht alle von der Regierung geplanten Kürzungen verhindert werden können.

Deshalb hieß es für die Fraktion in einer Klausur Prioritäten zu setzen. Dabei legten sich die Abgeordneten darauf fest, insbesondere die Investitionen in für Thüringen wichtigen Zukunftsbereichen sowie für Infrastrukturmaßnahmen verstärken zu wollen. So sollen nach dem Willen der Sozialdemokraten für die wirtschaftsnahe Forschung und für die Verbundforschung in Thüringen 8 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt werden, als von der Landesregierung geplant. Mit einer Erhöhung der Mittel für den Landesstraßenbau und für Investitionen in die touristische Infrastruktur in Höhe von 5 Millionen Euro und 1,5 Millionen Euro will die SPD-Fraktion weitere Schwerpunkte setzen.

Ein zentraler Vorwurf an die Landesregierung ist, dass sie mit ihren teilweise unausgewogenen Kürzungsvorschlägen im Sozialbereich wichtige Sozialstrukturen des Landes aufs Spiel setzt. Die SPD will deshalb die Kürzungen im Bereich der Familienberatungsdienste, der Sucht- und Drogenhilfe und für psychisch Kranke aber auch bei den Mitteln für die Jugendpauschale durch Aufstockungsanträge verhindern.



Chefhaushälter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn

Die nach dem Anschlag im Gutenberg-Gymnasium befristet eingestellten Schulpsychologen sollen nach dem Willen der SPD-Fraktion weiterbeschäftigt werden. Aufstockungsvorschläge für das Landesarbeitsmarktprogramm und für die Breitenkultur vervollständigen das Antragspaket der SPD.

Finanziert werden sollen die Mehrausgaben durch eine Beschleunigung der Verschlinkung der Thüringer Landesverwaltung. Die Thüringer SPD drängt dabei darauf, dass sich Thüringen in allen Verwaltungsbereichen jeweils mit den effizientesten Flächenländern vergleicht und die eigenen Strukturen entsprechend anpasst.

Geschönter Doppelhaushalt

Die seit nunmehr drei Jahren anhaltende weltweite Wirtschaftsflaute beschert Bund, Ländern und Kommunen massive Steuereintrübe. Jetzt endlich reagierte die Thüringer Landesregierung darauf mit der Vorlage eines Nachtragshaushaltes für die Jahre 2003 und 2004. Dieser Nachtragshaushalt war längst überfällig, denn der Rückgang der Steuereinnahmen war seit Mai bekannt. Insgesamt fällt die Analyse dieses Zahlenwerkes durch die „Finanzer“ der Fraktion ernüchternd aus: Die Landesregierung versucht sich durch allerlei Buchungstricks und durch die Verschleierung der tatsächlichen Einsparpositionen im Nachtragshaushalt über den Wahltag im nächsten Jahr zu retten. So wird beispielsweise durch allerlei Veranschlagungstricks versucht, die Investitionsquote künstlich über der 20 Prozent-Marke zu halten.

Ein weiterer Vorwurf der SPD-Landtagsfraktion an die Adresse der Landesregierung: Wichtige Strukturentscheidungen innerhalb der Landesverwaltung und eine Verschlinkung der Ministerien und nachgeordneten Behörden in den letzten Jahren ist weitgehend ausgeblieben.

Ein Mix aus Einsparungen und einer Erhöhung der Kreditaufnahme soll nun den Ausgleich des Landeshaushaltes sichern. Dem Vorschlag der Landesregierung zufolge soll im Jahr 2003 die Neuverschuldung auf 710 Mio. Euro fast verdoppelt werden. Für 2004 ist eine Verdreifachung des bisherigen Haushaltsansatzes für Kredite auf 695 Mio. Euro vorgesehen. Diesen Umfang der Neuverschuldung hält die SPD-Landtagsfraktion für die absolute Schmerzgrenze.

UWE HÖHN
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Neubert ist neue
Stasi-Beauftragte

Seite 2

Künast engagiert
gegen Rechts

Seite 3

Bundesfamilienministerin besucht Erfurt

ZUSCHUSS FÜR BEDÜRFTIGE FAMILIEN SIND NUR „TROPFEN AUF DEN HEISSEN STEIN“

Reges Medieninteresse begleitete den Besuch von Bundesfamilienministerin Schmidt bei der SPD-Fraktion Ende September. Während eines internen Gesprächs mit Vertretern der evangelisch-lutherischen Kirche, des paritätischen Wohlfahrtsverbandes und der Jugendberufshilfe musste sich Schmidt kritische Fragen zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, zur steigenden Kinderarmut in Deutschland und zur Weiterführung von Projekten gegen rechte Gewalt gefallen lassen. Die Ministerin stellte klar, dass es aus ihrer Sicht vor dem Blickwinkel der neuen Arbeitsmarktpolitik Nachbesserungsbedarf vor allem beim Umgang mit schwierigen und schlecht ausgebildeten Jugendlichen gebe. Die schärfere Gesetzgebung drohe solche Jugendliche endgültig ins Abseits zu katapultieren.

Schmidt erläuterte zudem die Hintergründe der geplanten Einführung des Kinder-

zuschlages für gering verdienende Eltern in Höhe von 140 Euro. Wenn die finanzielle Lage des Bundes ein wenig besser sei, könne der Zuschlag möglicherweise ausgebaut werden, sagte Schmidt und betonte, dass ihr durchaus bewusst sei, dass es sich

bei dem Zuschuss nur um einen „Tropfen auf den heißen Stein“ handle.

Schmidt verlangte zudem, dass die von der SPD angestoßenen Reformen rasch und konsequent umgesetzt werden. Bei



SPD-Vize Birgit Pelke, selbst Familienpolitikerin, begrüßte Renate Schmidt (links) am Landtag.

allem Eifer dürfe man die Menschen aber nicht mit immer neuen - und zum Teil un- ausgegorenen Vorschlägen - überfordern, wie kürzlich bei der Pendlerpauschale geschehen.

Stasi-Beauftragte: Jürgen Haschke geht, Hildigund Neubert kommt

SPD-FRAKTION WÜRDIGT ARBEIT HASCHKES: VERHÄLTNIS VON VERTRAUEN GEPRÄGT

Die Verabschiedung des alten Stasi-Beauftragten von Thüringen, Jürgen Haschke, und die Begrüßung seiner Nachfolgerin, Hildigund Neubert, standen auf der Tagesordnung einer SPD-Fraktions-sitzung Anfang Oktober. Fraktionschef Gentzel hob hervor, dass die 10-jährige Zusammenarbeit mit Jürgen Haschke von großem Vertrauen geprägt war. Dass die jüngst vorgenommene Einbeziehung der Jürgen-Fuchs-Straße in die Bannmeile des Thüringer

Landtages durch die CDU-Fraktion eine politische Instinktlosigkeit sei, darin waren sich Haschke und die Fraktion einig. Der Gegenvorschlag der SPD, im Sinne von Jürgen Fuchs diese Straße auch als Ort politischer Meinungsäußerung für Bürgerinnen und Bürger offen zu halten, war von der CDU abgeschmettert worden.



Hildigund Neubert und der SPD-Abgeordnete Volker Schemmel im Gespräch.

Hildigund Neubert, die von der CDU als Nachfolgerin von Haschke vorgeschlagen worden war, kündigte an, sich besonders um die Opfer der SED- und Stasi-Diktatur kümmern zu wollen. Dieser Aufgabe habe sie sich schon in ihrer bisherigen Tätigkeit im Berliner Bürgerbüro verpflichtet gefühlt.

Hildigund Neubert wurde in der Plenarsitzung am 17. Oktober in ihr Amt eingeführt. Ihre Ernennung wurde allerdings durch das Agieren des Thüringer Ministerpräsidenten im Vorfeld beschädigt: Er hatte in diesem sensiblen Bereich völlig instinktlos gehandelt und von seinem Alleinvorschlagsrecht Gebrauch gemacht. Damit wurde auf eine Beteiligung der Fraktionen verzichtet.

AUCH WEITER AUF SPITZELTÄTIGKEIT PRÜFEN

Die Fraktion verständigte sich nach intensiver Debatte zudem darauf, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetenüberprüfungsgesetzes einzubringen. Dieser Entwurf sieht vor, dass sich auch die Abgeordneten der nächsten Legislaturperiode auf eine Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit bzw. dessen Nachfolger überprüfen lassen, was bisher nicht vorgeschrieben war.

Landtagsabgeordnete macht mobil gegen Rechts

DAGMAR KÜNST LUD ZUM „RUNDEN TISCH DER ÄMTER“

„Rechte Gewalt in Pößneck“ war das Thema einer Gesprächsrunde, zu der die SPD-Landtagsabgeordnete Dagmar Künast Vertreter von Polizei, Landratsamt, Stadtverwaltung und Streetworkern einlud. Fazit der Veranstaltung: Es gibt kein Patentrezept gegen rechte Gewalt - Vorbeugung ist nur durch ein breit gefächertes Maßnahmenpaket möglich.



Vertreter von Behörden, der Polizei, Lokalpolitiker sowie Streetworker sprachen über "rechte Gewalt" und geeignete Gegenkonzepte.

Eine wichtige Rolle komme der Polizei zu: Sie müsse an den Orten und zu den Zeiten präsent sein, die erfahrungsgemäß von Jugendlichen mit rechter Gesinnung genutzt würden. Die geplanten Einsparungen der Landesregierung bei der Anzahl der Polizeistellen seien deshalb kontraproduktiv. Polizeipräsenz allein löse das Problem jedoch nicht: Wichtig sei auch, niemanden als unverbesserlich auszugrenzen. Immer müsse das Gespräch mit den Betroffenen

im Vordergrund stehen; Hinweise aus der Bevölkerung müssten ernst genommen und die Menschen so sensibilisiert werden. Hervorgehoben wurde zudem die überaus wichtige Rolle, die Gesprächsrunden wie der in Pößneck zukämen: Dies sei eine Demonstration der Einheit zwischen dem Stadtrat mit den im Rat vertretenen Parteien und der Polizei. Demnächst sollen weitere Gespräche folgen: Dagmar Künast übernimmt es auch dann, zum nächsten „Runden Tisch der Ämter“ einzuladen.

Privatisierung des Katasterwesens: Stasi-Überprüfung ohne Ausnahme

Die Privatisierung des Katasterwesens in Thüringen sorgt weiter für Unruhe. Wegen eines von ihm vorgelegten Gesetzentwurfes gerät Innenminister Trautvetter in die Bredouille: Ginge es nach ihm, müssten die Mitarbeiter privater Ingenieurbüros - anders als die Mitarbeiter der staatlichen Ämter - sich nicht auf eine Mitarbeit bei der Staatssicherheit überprüfen lassen. Erstere dürfen nämlich nach der Umstrukturierung im vergangenen Jahr neuerdings ebenfalls hoheitliche Aufgaben übernehmen. SPD-Landtagsabgeordneter Günter Pohl kritisiert Trautvetters

Gesetzentwurf: Hier bahne sich eine Ungleichbehandlung zwischen den Mitarbeitern der staatlichen Katasterämter und privaten Ingenieurbüros an, müssten die Mitarbeiter der staatlichen Ämter ausnahmslos ihre Vergangenheit durchleuchten lassen. Der Innenpolitiker sprach sich deshalb dafür aus, den Entwurf zu überarbeiten und künftig jede im Katasterwesen tätige Person zu überprüfen. Schließlich habe gerade dieser Bereich zu DDR-Zeiten unter staatlicher Kontrolle gestanden - bis hin zu angeordneten Fälschungen von Landkarten im Grenzbereich.

Botz mit klaren Forderungen an EU-Kommissar

Der wirtschaftliche Aufholprozess in Thüringen muss auch nach dem Jahr 2006 ausreichend mit Mitteln der Europäischen Union unterstützt werden, forderte Dr. Gerhard Botz, europapolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, anlässlich des Besuchs von EU-Kommissar Michael Barnier in Erfurt. Die in der laufenden Förderperiode 2000 bis 2006 nach Thüringen fließenden EU-Mittel in Höhe von insgesamt mehr als 2,9 Mrd. Euro seien für die wirtschaftliche Entwicklung unerlässlich. Mit dem Beitritt 10 relativ armer Länder im Zuge der EU-Osterweiterung könnte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Thüringen über die Schwelle von 75 Prozent des EU-Durchschnitts steigen. Durch diesen so genannten statistischen Effekt könnte Thüringen nach 2006 seinen Anspruch auf die Höchstförderung (Ziel-1-Förderung) verlieren.

FUNKTIONSZULAGEN: CDU-Vorschlag utopisch

Ein Durchschnittswert von 80 Euro entspricht nach Ansicht der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag am ehesten dem tatsächlichen Aufwand, den parlamentarische Geschäftsführer und Ausschussvorsitzende in den Fraktionen bei Ausübung ihrer Tätigkeiten haben. Damit setzten die Sozialdemokraten punktgenau ein Urteil um, das im Frühsommer des Jahres vom Verfassungsgerichtshof in Weimar gefällt wurde, sagte Dr. Werner Pidde, der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Damals hatte die Fraktion ebenfalls 80 Euro als tatsächlichen Aufwand angegeben - dies war vom Thüringer Rechnungshof so bestätigt worden. Pidde verwies darauf, dass die Fraktion bei ihren Berechnungen - anders als die PDS - auf die bereits im Abgeordnetengesetz enthaltene, siebenstufige Staffe lung bei den Fahrtkosten zurückgreifen wolle. Wegen der größeren Genauigkeit setze man auf dieses Modell. „Die von der CDU abgegebenen Vorschläge zwischen 320 und 460 Euro sind nach unseren Berechnungen utopisch hoch“, kommentierte Pidde die jetzt eingereichte Gesetzesnovelle der Christdemokraten.

Prominenter Reformner: Clement besuchte Greiz

Mit Applaus empfangen und verabschiedet wurde Bundesarbeitsminister Wolfgang Clement bei der letzten Veranstaltung „Prominente im Gespräch“ Mitte September in Greiz. Trotz des schwierigen Themas und vieler kritischer Fragen aus den Reihen der Zuhörer war die Stimmung während des gut anderthalbstündigen Gesprächs prima: Sogar zum Scherzen gab es reichlich Gelegenheit, wie man auch an den Gesichtern der SPD-Landtagsabgeordneten Harald Seidel (Mitte) und



Gute Stimmung herrschte beim Besuch von Bundesarbeitsminister Clement (links) in Greiz. FOTO: PRIVAT

Frieder Lippmann sehen kann. Gast der nächsten Veranstaltung am 30. Oktober ist der Bundestagsabgeordnete Ulrich Kasparick.

Hans-Jürgen Döring und Enkel genießen Sommertag auf der ega



Tage wie jener sind selten: Oft sieht SPD-Bildungspolitiker Hans-Jürgen Döring seinen Enkel Paul, anderthalb, nicht. Der Kleine lebt mit Dörings Tochter und deren Ehemann in Köln. Dieser Schnappschuss entstand bei einem Rundgang von Großvater und Enkel über die Erfurter ega im Sommer dieses Jahres - die beiden genießen ihre Zweisamkeit sichtlich.

FOTO: PRIVAT

Frauen aus Afghanistan zum Praktikum in Thüringen

Sechs Frauen aus Afghanistan halten sich dieser Tage in Thüringen auf. Jede von ihnen wird ein Praktikum im Bildungs- oder im Gesundheitsbereich absolvieren, so zum Beispiel in Gera und Leinefelde. Dass der Besuch möglich wurde, ist der SPD-Landtagsabgeordneten Rosemarie Bechthum zu verdanken, die zu ihrem 60. Geburtstag zu Beginn dieses Jahres auf Geschenke verzichtet und sich stattdessen Geldspenden gewünscht hatte. 1800 Euro kamen so zusammen - Geld, das die engagierte Frauen- und Familienpolitikerin Bechthum nun - wie geplant - für die oben genannte Sache zur Verfügung stellt. Weitere Spenden für das Projekt, das fortgesetzt werden soll, sind willkommen.

Falsch abgerechnete Überstunden nicht bagatellisieren

Vor einer Verharmlosung der Debatte um falsch abgerechnete Überstunden bei hochrangigen Thüringer Polizeibeamten warnt SPD-Innenpolitiker Günter Pohl und verwies auf eine Äußerung von Thüringens Innenminister Trautvetter, der in diesem Zusammenhang von „uralten Kamellen“ gesprochen hatte. Der jüngste Verdacht reihte sich in eine lange Kette anderer, zum Teil ungeklärter Vorwürfe ein, wie zum Beispiel die Rotlichtaffäre. „Der Innenminister tut sich keinen Gefallen, wenn er die Affäre um die angeblich falsch abgerechneten Überstunden jetzt versucht niedrig zu hängen“, sagte Pohl. Trautvetter müsse die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, ob sie Ermittlungen aufnehmen oder nicht, abwarten.

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.
Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Dr. Werner Pidde, Parlamentarischer Geschäftsführer;
Layout/Satz: malewski; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt
Redaktionsschluss: 17. Oktober 2003

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 8.000 Exemplaren.

Nicht für Parteizwecke und Werbung!